



## **Ausschuss für Gleichstellung und Frauen**

### **40. Sitzung (öffentlich)**

14. Januar 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Regina Kopp-Herr (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkt:**

**Nein! Zum Sexkaufverbot des Nordischen Modells – Betroffenen helfen  
und nicht in die Illegalität abschieben**

**3**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/10851

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

\* \* \*



**Nein! Zum Sexkaufverbot des Nordischen Modells – Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität abschieben**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/10851

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr:** Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen allen zunächst einmal – auch wenn heute schon der 14. Januar ist – ein frohes, gesundes und hoffentlich bald pandemiefreies – pandemiefrei mag ich gar nicht sagen – neues Jahr wünschen.

Ich begrüße Sie alle ganz herzlich, insbesondere unsere Sachverständigen, aber auch die Abgeordneten mit ihren Referentinnen und Referenten, die Mitarbeiter der Technik, auf die wir heute sehr angewiesen sind, unsere Ausschussassistentin Frau Hufschmidt und Frau Bartylla vom Sitzungsdokumentarischen Dienst, ohne die unser Ausschuss gar nicht arbeiten könnte.

Mitberatend beteiligt sich der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales an der heutigen Anhörung.

Ich bedanke mich bei den Sachverständigen für die abgegebenen schriftlichen Stellungnahmen. Sie dürfen davon ausgehen, dass die Abgeordneten die Stellungnahmen sehr gründlich gelesen haben. Insofern verzichten wir auf Eingangsstatements.

Neben den schriftlichen Stellungnahmen der hier vertretenen Sachverständigen sind über das normale Maß hinaus – wie ich finde, und ich gehöre diesem Haus bald 11 Jahre an – noch viele Stellungnahmen eingegangen mit unterschiedlichen Positionen. Das war gerade zu Beginn der Woche noch einmal richtig viel Arbeit für unser Ausschusssekretariat. Insofern möchte ich mich dafür bedanken, dass gerade diese Stellungnahmen noch an uns weitergeleitet worden sind, sodass wir die auch zur Kenntnis nehmen können und in die Fraktionsberatungen mit einbeziehen können. Das zeigt aber auch, dass es ein großes Interesse an dem Thema bei unterschiedlichen Organisationen und Verbänden gibt, die sich aus ihrer Perspektive mit dem Thema „Prostitution und Zwangsprostitution und Menschenhandel“ beschäftigen, und dass dieses Thema sehr emotionalisiert.

Der Ältestenrat hat am 7. Oktober 2020 entschieden, dass an öffentlichen Sitzungen, die im Plenarsaal sowie in weiteren Sälen im Landtag stattfinden, Mitglieder des Landtags, die zuständigen Fraktionsreferentinnen und -referenten und Mitarbeitende der Landtagsabgeordneten per Video- und Audiozuschaltung ohne Rede- und Stimmrecht teilnehmen können. Aus diesem Grund wurden die jeweiligen Zugangsdaten an die Ausschussmitglieder und zuständigen Fraktionsreferentinnen und -referenten vom Ausschusssekretariat per E-Mail verschickt.

Zudem hat der Ältestenrat entschieden, dass sich die Mitglieder der Landesregierung ebenfalls per Video und Audio zuschalten können. Auch das ist am Montag durch das Ausschussekretariat ermöglicht worden.

Ich begrüße alle diejenigen ganz herzlich, die sich zu der heutigen Sitzung entsprechend zugeschaltet haben.

Ich erinnere außerdem an die Vereinbarung der Parlamentarischen Geschäftsführenden vom 17. November 2020. Diese Runde hat einstimmig beschlossen, die Gremiensitzungen in Fraktionsstärke durchzuführen und in Fraktionsstärke abzustimmen. Es wird nicht beanstandet, wenn an einzelnen Sitzungen oder Sitzungsteilen mehr als ein Mitglied des Landtags pro Fraktion teilnimmt.

Wir haben geplant, zunächst zwei Fragerunden durchzuführen. Ich bitte die Abgeordneten, bei ihren Fragen die Sachverständigen zu nennen, an die sie ihre Fragen richten.

Vorsorglich rufe ich uns allen in Erinnerung, dass wir eine öffentliche Anhörung durchführen und keine Diskussion im üblichen Sinne. Die Ausschussmitglieder stellen Fragen, und diese Fragen werden entsprechend beantwortet.

Während der Sitzung sind keine Bild- und Tonaufnahmen zulässig. Das ist in unserer Hausordnung so geregelt.

Im Anschluss an die Anhörung findet eine weitere Sitzung des Ausschusses statt. Deswegen planen wir, die Anhörung bis 15:30 Uhr zu beenden.

**Heike Troles (CDU):** Sehr geehrte Sachverständige, herzlichen Dank für Ihre umfangreichen Stellungnahmen, die uns erreicht haben, und dafür, dass Sie uns für Fragen zur Verfügung stehen. Wir haben durch die Stellungnahmen festgestellt, dass das ein sehr emotionales Thema ist, das viele unterschiedlich beschäftigt. Deswegen freue ich mich, heute mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und die Fragen stellen zu können, die bei uns offen geblieben sind.

Meine erste Frage geht an Frau Schmitz und Frau Degenhardt. Können Sie uns sagen, wie aufgrund der Coronaschutzverordnung, des Verbots der Prostitution und der Schließung der Bordelle die Situation vor Ort aussieht? Wie sieht es aus mit den Kontakten zu den Prostituierten? Wie sieht es mit Hilfsangeboten aus?

Meine zweite Frage geht an Herrn Sporer und Frau König. Wie konnte bisher gezeigt werden, dass das Sexkaufverbot den internationalen Menschenhandel eingedämmt hat?

Die dritte Frage in dieser ersten Runde geht an Frau Schulze, an Herrn Sporer und an Frau Degenhardt. Konnten prostitutionshemmende Effekte des Nordischen Modells oder eine abschreckende Wirkung auf Freier bisher bewiesen werden?

Das sind meine ersten drei Fragen.

**Susanne Schneider (FDP):** Sehr geehrte Damen und Herren Sachverständige, auch vonseiten der FDP-Landtagsfraktion herzlich willkommen hier und Ihnen allen ein sehr

gutes und vor allem gesundes 2021. Herzlichen Dank dafür, dass Sie uns heute auch per Video oder persönlich zur Verfügung stehen zu einem Thema, das mir sehr wichtig ist.

Mir ist es auch wichtig, noch einmal zu betonen, dass wir hier einen Antrag zum Thema „Sexarbeit“ vorliegen haben. Wir sprechen ausdrücklich nicht über Menschenhandel. Wir sprechen nicht über Zwangsprostitution, sondern in diesem Antrag geht es um Sexarbeit. Das ist mir besonders wichtig, das noch einmal hervorzuheben.

Ich habe auch drei Fragen. Die richten sich alle an dieselben Sachverständigen, und zwar an die Aidshilfe, an die Mitternachtsmission, an den Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen, an den Unternehmerverband Erotikgewerbe und an Frau Birgit Schmitz.

Ich wüsste gerne in einem Satz: Welche Gefahr sehen Sie, wenn wir die Sexarbeit wirklich nach diesem Nordischen Modell verbieten?

Zweite Frage: Wie kommt es, dass nach diesem Nordischen Modell nur weibliche Sexarbeiterinnen berücksichtigt werden? Wir haben ja auch reichlich männliche Sexarbeiter. Wir haben auch aus dem Bereich LGBTQI Arbeitende. Warum guckt man da jetzt nur auf die weiblichen Prostituierten? Haben Sie da eine Idee?

Dritte Frage: Das Prostituiertenschutzgesetz macht mir Bauchschmerzen und vielen anderen auch. Welchen Verbesserungsbedarf sehen Sie konkret bei diesem Gesetz?

**Eva Lux (SPD):** Auch seitens der SPD-Fraktion unseren herzlichen Dank für die ausführlichen schriftlichen Stellungnahmen und dafür, dass wir Ihnen Fragen stellen können.

Das Thema beschäftigt uns ja nicht erst seit der Coronazeit, aber gerade jetzt ist es noch einmal ganz deutlich geworden, dass wir uns auf vielfältige Weise damit auseinandersetzen müssen.

Ich finde es sehr schade, dass Frau Dr. Dodillet heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann, da ich an sie ganz konkrete Fragen vorbereitet habe.

Nichtsdestotrotz beginne ich mit meinem Fragenkatalog unter der Überschrift „Beratung und Begleitung von Prostituierten“. Meine erste Frage geht an die Mitternachtsmission, an die Aidshilfe, an die Evangelische Frauenhilfe und an den SKFM. Das Nordische Modell sieht ja neben der Kriminalisierung von Freiern vor, dass die Ausstiegsangebote ausgebaut werden sollen. Nun ist ja ein Sexkaufverbot relativ schnell umgesetzt. Die Finanzierung und der Aufbau einer dann notwendigerweise auszubauenden Beratungsinfrastruktur dauern aber einige Zeit. Welche Folgen hätte das für die Frauen und Ihre Arbeit in den Beratungsstellen?

Meine zweite Frage bezieht sich auf das Sozial- und Gesundheitssystem und auf das Aufenthaltsrecht und geht ebenfalls an die Mitternachtsmission, an die Aidshilfe, an die Evangelische Frauenhilfe und den SKFM. Sehr viele Betroffene haben sich ja nach Inkrafttreten des Prostituiertenschutzgesetzes nicht angemeldet, weil sie zum Beispiel Bedenken bezüglich des Datenschutzes und daraus resultierender Sanktionen auch in ihren Heimatländern hatten oder weil sie steuerliche Nachforderungen befürchteten.

Was müsste Ihrer Meinung nach noch mehr getan werden, um mehr Menschen, die in diesem Bereich tätig sind, den Weg in die Legalität zu erleichtern?

Meine dritte Frage geht an die gleichen Adressaten. Mich interessiert, was im Falle eines Sexkaufverbots mit den betroffenen Frauen konkret passieren würde, und zwar nicht nur vorübergehend wie jetzt in der Coronazeit, sondern wenn das tatsächlich dauerhaft so käme. Ein Ausstieg aus der Prostitution ist ja nicht so einfach über Nacht möglich. Wie werden sie dann weiterarbeiten? In der Illegalität? In einem anderen Land? Was sind da Ihre Erfahrungen oder auch Ihre Befürchtungen, was dann mit den Frauen passieren würde? Sitzen die dann teilweise auf der Straße, weil sie keine Wohnung haben?

**Josefine Paul (GRÜNE):** Vielen Dank auch von meiner Seite, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, um mit uns dieses Thema noch einmal intensiver zu diskutieren.

Ich möchte mit meiner ersten Frage darauf eingehen, welche konkreten Erfahrungen wir jetzt aus der Coronapandemie mitnehmen können. Denn derzeit haben wir die Situation, dass Sexarbeit nicht ausgeübt werden kann. Das heißt, man hat einen gewissen Vorgeschmack auf die Konsequenzen, die das haben könnte. Dementsprechend habe ich an den Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen die Frage, wie die aktuelle Situation ist. Was macht das denn auch mit Arbeitsbedingungen? Oder findet Prostitution de facto nicht mehr statt, wenn das aufgrund der Coronaschutzverordnung nicht erlaubt ist? Unter welchen Bedingungen wird dann möglicherweise doch gearbeitet?

Die gleiche Frage, was die Erfahrungen angeht, richte ich auch an die Mitternachtsmission, die Evangelische Frauenhilfe und die Aidshilfe. Was macht das mit der Beratungsarbeit, also der Erreichbarkeit der in der Sexarbeit Tätigen in einer Phase, in der Sexarbeit eigentlich untersagt ist? Haben Sie da bereits erste Erfahrungen machen können? Das zur aktuellen Situation.

Die Mitternachtsmission schreibt in ihrer Stellungnahme, dass aus ihrer Sicht insbesondere der Vertrauensaufbau zu Polizei und Behörden erschwert werden würde. Vor allem vor dem Hintergrund von Gewaltschutz, aber auch zum Schutz der Opfer von Menschenhandel wäre das ja durchaus wichtig. Können Sie dazu noch etwas sagen? Vielleicht können Sie uns auch etwas dazu sagen, welche Gelingensbedingungen es eigentlich braucht für eine gute Kooperation mit der Polizei und Behörden auch im Sinne der in der Sexarbeit Tätigen.

Meine dritte und letzte Frage für diese Runde geht an den SKFM. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme: Mit dem Nordischen Modell verbindet sich die Hoffnung, dass Prostitution aus der gesellschaftlichen Realität und der öffentlichen Wahrnehmung verschwindet. – Was bedeutet das denn aus Ihrer Sicht in der Konsequenz, wenn Sexarbeit und Prostitution aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden?

**Iris Dworeck-Danielowski (AfD):** Auch von meiner Fraktion herzlichen Dank für die Stellungnahmen und dafür, dass Sie für Fragen zur Verfügung stehen.

Meine erste Frage richtet sich an die Dortmunder Mitternachtsmission und an Herrn Rettig. Überall ist zu lesen, dass der Löwenanteil der Sexarbeiterinnen einen Migrationshintergrund hat und häufig aus osteuropäischen Ländern kommt. Wie schätzen Sie das ein? Das ist ja eine Form der Arbeitsmigration, wenn Frauen hierherkommen, um hier Geld zu verdienen und gegebenenfalls auch noch die Familie zu Hause zu versorgen. Wie schätzen Sie die Gruppe der Frauen ein? Wenn wir das jetzt hier verbieten würden, hätten sie denn eine andere Option, in anderen Berufszweigen hier ihr Glück zu machen, um gegebenenfalls mit einem vergleichbaren Einkommen ihre Familie zu versorgen oder auch sich selber zu versorgen? Oder würde das gegebenenfalls bedeuten, dass es keine Option gäbe?

Die Personen, die das Sexkaufverbot befürworten, haben ja die Idee der Verbesserung der Lebenssituation dieser Frauen im Kopf. Würde das nach Ihrer Einschätzung tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebenssituation führen, insbesondere für die Gruppe der Frauen aus Osteuropa, wenn sie nicht mehr die Arbeitsmigration wahrnehmen könnten und hier der Sexarbeit nachgehen könnten? Sie würden ja dann vielleicht in Rumänien oder Bulgarien bleiben. Wie sind da Ihre Erfahrungen aus der Praxis?

Ich möchte gerne noch den Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen ansprechen. Frau Reiche, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme mehrmals das Problem der Stigmatisierung angesprochen. Für viele Frauen, die sich anschließend qualifizieren möchten, ist sehr wichtig, dass niemand erfährt, dass sie vorher der Sexarbeit nachgegangen sind. Sexarbeit ist in Deutschland schon relativ lange ein Beruf wie jeder andere. Er wird ja auch reichlich besteuert usw. Was kann denn die Politik beitragen, damit diese Stigmatisierung nachlässt? Die zahlen ja Steuern und werden eingestuft wie jeder andere Beruf. Wenn sie aber zu einem anderen Arbeitgeber wechseln wollen und sagen, dass sie die letzten zehn Jahre im Gewerbe tätig waren, könnte ich mir vorstellen, dass das fast noch genauso problematisch ist wie vor 20 Jahren. Mich würde dazu Ihre Einschätzung interessieren und Ihre Ideen, was gesellschaftlich vorangetrieben werden muss, damit sich das verändert.

Das sind meine ersten Fragen.

**Birgit Schmitz (Sozialdienst katholischer Frauen und Männer Düsseldorf e. V.):** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich berichte zuerst, wie das bei RAHAB in Düsseldorf gerade jetzt während der Zeit der Pandemie gelaufen ist bzw. der beiden Lockdowns.

Im ersten Lockdown haben wir die Erfahrung machen können, dass von den Frauen, zu denen wir vorher durch die aufsuchende Arbeit Kontakt hatten, viele zu uns gekommen sind und speziell die Frage der Existenzsicherung eine Rolle gespielt hat. Wir haben dann aufgrund der pandemiebedingten Möglichkeiten ALG II-Anträge stellen können und die Frauen in die Existenzsicherung bringen können. Wir haben mit Frauen, die aufgrund dessen überlegt haben, ob sie überhaupt in die Prostitution zurückgehen, ein kleines Arbeitsprojekt aufbauen können. Das war enorm hilfreich, weil wir dadurch Anstellungen vermitteln konnten und die Frauen in ergänzende ALG II-Bezüge gekommen sind, aber eben auch eine Tagesstruktur hatten und gearbeitet

haben. Da hat sich ein bisschen ausgezahlt, dass wir vorher in Bordellen und Laufhäusern immer aufsuchend tätig waren.

Im zweiten Lockdown nach dieser kurzen Öffnung kommen deutlich weniger Frauen, was auch daran liegt, dass wir viele Frauen einfach schon gut versorgt haben. Die sind weiterhin im Beratungskontext da, aber es kommen insgesamt weniger neue Frauen.

Neu ist, dass deutlich mehr illegal wieder gearbeitet wird. Das läuft über Stammfreier, die kontaktiert werden oder Kontakt aufnehmen und Angebote schicken. Das läuft aber auch über digitale Medien, wo sich die Frauen anbieten oder die Männer nachfragen. Das scheint – zumindest auch nach Aussage der Polizei – ein deutlich anderes Volumen zu haben als während der ersten Zeit des Lockdowns.

Das zu unserer aktuellen Situation.

Dann wurde ich nach meiner Einschätzung gefragt, welche Gefahr davon ausgeht, wenn Sexarbeit verboten wird. Ich glaube, dass sich – so wie wir es jetzt auch erleben – wesentlich mehr in den illegalen Bereich zurückzieht. Das ist im ersten Schritt für uns ein bisschen schwieriger, an die Frauen heranzukommen, was jetzt über WhatsApp-Kontakte und SMS-Kontakte funktioniert, weil wir auch die Telefonnummern haben. Wir recherchieren da ja auch. Aufsuchende Face-to-Face-Kontakte gibt es weniger. Die sind für uns eigentlich das Kostbare, worüber die Frauen uns kennenlernen und sich dann trauen, zu uns zu kommen. Das ist die größte Gefahr, die ich da sehe.

Dann wurde gefragt, warum wir von weiblichen Sexarbeiterinnen oder Prostituierten reden. Das ist bei uns speziell der Fall, weil von den knapp 600 Menschen, die wir erreicht haben, 598 Frauen sind und zwei, die als Geschlecht divers angegeben haben. Aus dem Bereich der männlichen Prostitution werden wir nicht aufgesucht. Dazu gibt es verschiedene Ideen. Ich glaube, dass die auch anders versorgt sind, dass die auch woanders tätig sind, entweder im Bereich der Straßenprostitution oder im Bereich der höherschweligen Prostitution in Clubs. Aber bei uns in Düsseldorf tauchen die nicht auf. Deshalb reden wir von weiblichen Sexarbeiterinnen.

Zu der Frage, welche Verbesserungsvorschläge wir für das Prostituiertenschutzgesetz haben: Unabhängig davon, welches Gesetz gilt, finden wir, dass die Frauen nicht richtig gut versorgt sind. Es gibt wenig Möglichkeiten zur Existenzsicherung außerhalb dessen, dass sie sich prostituieren. Es gibt wenig Möglichkeiten für die Frauen aus Rumänien und Bulgarien, anders tätig zu werden mit den Ausbildungen und Schulabschlüssen, mit denen sie zu uns kommen. Es gibt schlicht keine Wahl. Das wäre für mich der Hauptforderungspunkt, dass es eine Wahlmöglichkeit für die Frauen gibt, das Privileg.

Im Moment bekommen die Frauen – so wie das Gesetz gestrickt ist – sehr, sehr viel Verantwortung dafür, dass sie selbstständig tätig sein müssen. Uns wäre wesentlich lieber, wenn auch das Angestelltenverhältnis noch einmal zur Sprache kommen würde. Denn dadurch sind auch Grundsicherung, Krankenversicherung – all das, was die Frauen auch brauchen – möglich. Das wären für mich die Hauptforderungen.



Dann wurde gefragt nach dem Ausbau der Ausstiegshilfen beim Nordischen Modell und was in dem Zeitraum ist, bis das aufgebaut ist. Wir erleben auch bei den jetzigen gesetzlichen Regelungen, dass es keine flächendeckenden Beratungsangebote gibt und dass es für die Frauen ganz schwierig ist, in Kontakt zu kommen. Für die Mitarbeiter ist es auch schwierig, langfristig etwas aufzubauen, wenn Sachen immer nur über Projekte finanziert sind und zeitlich befristet sind. Bei uns beispielsweise läuft im Sommer das Geld aus, und wir wissen bis heute nicht, ob das noch einmal verlängert wird und weiter finanziert wird.

Welche Folgen hat das? Das hat einfach die Folge, dass die Frauen nicht richtig gut versorgt werden und wenig Hilfsangebote haben. Das würde ich aber unabhängig davon sehen, welche gesetzliche Regelung es gerade gibt.

Es haben sich auch in Düsseldorf mehrere Betroffene nicht angemeldet. Die haben sich keinen Prostitutionsausweis geholt. Das liegt daran, dass sie zum Teil auch in einem illegalen Bereich tätig sind, in der Straßenprostitution zum Beispiel. Das ist ja grundsätzlich verboten, hier bei uns in Düsseldorf im Sperrbezirk. Da hilft einem auch der Ausweis nichts. Dann gibt es natürlich die Frauen, die unterhalb jeglicher legalen Linie laufen. Da reden wir aber von Zwangsprostitution und von Menschenhandel. Die sind natürlich auch nicht angemeldet.

Die Frauen, die zu uns kommen, haben fast durchgängig einen Prostitutionspass. Das heißt, die haben diesen Weg geschafft. Die erleben aber in Düsseldorf beispielsweise das Ordnungsamt oder das Gesundheitsamt eher als Unterstützung, weil die auch sehr gut zu uns vermitteln und weil die selber auch Hilfsangebote haben. Wir erleben da wenig Ablehnung bei den Frauen, die zu uns kommen.

Was passiert mit den Frauen im Falle eines Sexkaufverbots in Bezug auf die Ausstiegshilfen? Das Problem sehe ich jetzt bei der gesetzlichen Regelung auch, dass für die Frauen, wenn sie keinen passenden Schulabschluss haben, nicht genug Deutschkenntnisse oder keine Ausbildung vorweisen können, ein Ausstieg enorm schwierig ist, weil sie keine Wahlmöglichkeit haben. Ich vermute, dass die Frauen es im Falle eines Sexkaufverbots so machen würden wie jetzt, dass sie nämlich in der Illegalität arbeiten, also unterhalb jeglichen Radars.

Die Hoffnung, dass die Prostitution verschwindet, hatte ich nicht in unserer Stellungnahme angedeutet. Die habe ich auch nicht.

**Josefine Paul (GRÜNE):** Ich wollte Ihnen nicht unterstellen, dass Sie das sagen, sondern ich habe Ihre Stellungnahme so verstanden, dass das der Einstieg war, dass die Befürworter\*innen des Nordischen Modells das damit verbinden. Ich wollte erfragen, was aus Ihrer Sicht die Konsequenzen sind, insbesondere bei der Hoffnung, es würde aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Darum ging es mir. Ich wollte Ihnen das so nicht in den Mund legen.

**Birgit Schmitz (Sozialdienst katholischer Frauen und Männer Düsseldorf e. V.):** Ich persönlich hätte auch die Hoffnung, dass man irgendein Gesetz schaffen kann, mit dem Prostitution vielleicht in dem jetzigen Ausmaß und so, wie das jetzt umgesetzt

wird, nicht mehr nötig oder möglich ist. Aber ich habe keine Idee dazu, welches Gesetz das sein sollte oder wie man das gestalten sollte.

Ich glaube auch, dass das eher dann aus dem öffentlichen Radar verschwindet und in der Illegalität stattfindet, was als Hauptkonsequenz hätte, dass wir die Frauen ganz, ganz schlecht erreichen könnten und Hilfsangebote weniger wahrgenommen werden könnten als heute.

Aber ich muss auch sagen: Hinter dem Nordischen Modell steht ja auch die Idee, zu gucken, wer sich strafbar macht. Es gibt durch das deutsche Gesetz auch eine Regelung, dass Frauen, wenn sie während der Pandemie Prostitution anbieten, mit Bußgeldern belegt werden. Das Geld müssen sie ja dann wieder beschaffen, um die Bußgelder bezahlen zu können. Die Annahme von Prostitution wird aber nicht im selben Maße geahndet. Das ist ein Ungleichgewicht. Ich hätte – wenn ich von Hoffnung reden darf – die Hoffnung, dass die Frauen nicht auch noch strafrechtlich belangt werden, weder bei Straßenprostitution noch jetzt während des Verbots.

**Birgit Reiche (Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen e. V.):**

Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung. Ich werde zunächst auf den Lockdown eingehen. Unsere Beratungsstellen THEODORA und TAMAR arbeiten in ländlichen Bereichen. Anders als die anderen Beratungsstellen, die hier vertreten sind, sind wir im ländlichen Bereich unterwegs, auch mit aufsuchender Sozialarbeit. Die aufsuchende Arbeit in den Prostitutionsbetrieben war natürlich im ersten Lockdown nicht mehr möglich. Aber dadurch, dass wir das im Vorfeld sehr intensiv gemacht haben, waren unsere Kontaktdaten bekannt, und die Frauen haben sich an die Beratungsstelle gewandt. Die Frauen kommen nicht in unsere Beratungsstelle nach Soest oder in unsere Beratungsstelle nach Herford, weil die Wege zu weit sind. Auch unsere Kontakte der intensiven Sozialarbeit sehen so aus, dass sich die Mitarbeiterinnen mit den Klientinnen in Cafés treffen oder eventuell auch am Arbeitsort, in ihrer Wohnung. Das wurde ausgesprochen schwierig.

In der Beratungsstelle TAMAR haben wir einen Bulli, in dem eigentlich Beratung angeboten werden kann. Das ging bis zu dem Zeitpunkt, als klar war, dass das mit den Aerosolen ein Problem ist. Die Kolleginnen haben dann im Frühjahr, im Frühsommer Campingstühle und Campingtische angeschafft und haben sich an der Straße, an Bushaltestellen und sonstwo mit Frauen getroffen, weil ja auch zum Beispiel keine Cafés mehr geöffnet waren.

Es gab eine ganze Reihe von Frauen, die wir betreut haben, die durch alle Raster durchfielen und im ersten Lockdown keine Ansprüche auf Leistungen hatten. Da war für uns sehr hilfreich dieser Nothilfefonds des Berufsverbands erotische und sexuelle Dienstleistungen, über den wir etliche Frauen mit Soforthilfen versorgen konnten. Das hat unmittelbar existenzielle Not gelindert.

Dazwischen waren die Betriebe wieder geöffnet. Es hat auch eine kurze Phase von aufsuchender Arbeit gegeben.

Silvester hat es eine Kontaktaufnahme zu einer Mitarbeiterin gegeben und jetzt im neuen Jahr auch schon wieder.

Wir haben ein Problem, dass ein Jobcenter versucht, in Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde Frauen auszuweisen, also Europäerinnen, und die Freizügigkeit infrage zu stellen. Da gibt es große Bedarfe der individuellen Beratung, die die ganze Coronazeit hindurch gelaufen ist. Unsere Mitarbeiterinnen hatten nicht weniger, sondern mehr zu tun. Das hat auch etwas damit zu tun, dass die Frauen untereinander natürlich Kontakt haben und unsere Kontaktdaten weitergeben, weil ihnen geholfen wird, weil viele unserer Mitarbeiterinnen sie auch muttersprachlich beraten können.

Was müsste getan werden, um den Weg in die Legalität nach Prostituiertenschutzgesetz für mehr Frauen zu öffnen? Wir haben in der Tat mit Einführung des Gesetzes auch die Erfahrung gemacht, dass die Zahl der Frauen, die wir erreicht haben in den offiziellen Betrieben, zurückgegangen ist im ländlichen Raum, dass auch Betriebe, vor allen Dingen Kleinbetriebe, geschlossen haben, also dass es auch im ländlichen Raum weniger Wohnungen zum Beispiel gibt.

Ein großes Problem ist in der Fläche, dass es sehr unterschiedliche Haltungen in den Behörden gibt, in Gesundheitsämtern und Ordnungsämtern. In Ostwestfalen ist die Situation, dass sich dort die Kreise und die Stadt Bielefeld zusammengetan haben und im Gesundheitsamt und Ordnungsamt für den gesamten Regierungsbezirk die Beratungen und die Anmeldungen passieren. Da sind ausgebildete Mitarbeiterinnen, und da gibt es eine gute Zusammenarbeit. Es gibt aber Kreise in Südwestfalen, im Münsterland, in denen es sich ausgesprochen schwierig gestaltet und die Frauen auch wissen, dass sie dort nicht gut behandelt werden.

Sie haben auch nach Stigmatisierung gefragt. Stigmatisierung passiert auch nach wie vor in Behörden im Umgang, in Jobcentern. Eine Aufgabe, die wir auch sehen, ist, durch unsere Runden Tische mit Behördenvertreterinnen und Behördenvertretern das Bild der Menschen in der Prostitution zu verändern und zu einem Abbau von Vorurteilen und Stigmatisierung beizutragen. Das müssen wir jetzt schon tun. Das tun wir, indem wir uns bemühen, auf die Stärken unserer Klientinnen aufmerksam zu machen und sie nicht als defizitär dastehen zu lassen, wie sie aber häufig angeblickt werden.

Wir gehen dem aber auch nach, wenn Frauen sagen, sie möchten nicht zu dieser Tätigkeit stehen. Dann erfolgt unsere Begleitung als Frauenberatungsstelle der Frauenhilfe und eben nicht als spezialisierte Prostituiertenberatungsstelle TAMAR oder THEODORA. Dann wird mit anderen Briefköpfen gearbeitet. Denn wir richten uns nach den Interessen der Klientinnen. Es gibt Frauen, die keine Probleme damit haben, deutlich zu machen, in welchem Bereich sie gearbeitet haben, wenn sie sich beruflich verändern wollen. Eine ganze Reihe von Klientinnen sieht das aber auch anders. Da bemühen wir uns, dem nachgehen zu können, was sie wünschen.

Was kann Politik dafür tun, dass Stigmatisierung aufhört? Ich glaube, wir brauchen Antistigmatisierungskampagnen in die Gesellschaft und auch in die Behörden hinein.

Sie fragten nach den Folgen des Sexkaufverbots für die Beratungsstellen bzw. für die Frauen. Ich glaube, es verschärft sich, was wir im Lockdown erleben und was wir auch mit Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes in weiten Teilen im ländlichen Bereich erlebt haben, nämlich dass die Frauen sehr viel schwieriger zu erreichen sind. Die Internetplattformen sind voll. Wir haben auch versucht, auf diesem Weg Kontakt

aufzunehmen. Das gestaltet sich für uns als Beratungsstellen ausgesprochen schwierig. Das heißt, wir erreichen mit unserem Beratungsangebot die Frauen am besten, die in den bekannten Betrieben sind und die angemeldet sind. Ich glaube, dass sich das deutlich verschärfen würde mit dem Verbot, was jetzt schon Auswirkungen des Prostituiertenschutzgesetzes sind.

**Petra Hielscher (Aidshilfe NRW e. V.):** Auch von mir erst einmal vielen Dank für die Einladung. Wir vertreten 42 Mitgliedsorganisationen, und wir haben elf Mitgliedsorganisationen, die sich auch schwerpunktmäßig mit dem Thema „Sexarbeit“ beschäftigen. Wobei mir wichtig ist, deutlich zu machen: Ein Schwerpunkt liegt da in der mann-männlichen Sexarbeit, für die ich hier unter anderem heute sitze. Ansonsten geht es schwerpunktmäßig um Menschen, die in prekären Lebenssituationen sind und dann in der Sexarbeit tätig sind, tätig geworden sind. Nur damit der Background deutlich ist.

Ich habe gerade gedacht: Wie gut, dass wir letztes Jahr im November noch einmal ein Fachtreffen auf Verbandsebene und auch mit befreundeten Organisationen hatten, bei dem ich gerade vieles noch mitbekommen habe, wie es in der Coronazeit läuft. Das wird jetzt auch in die Beantwortung der an mich gerichteten Fragen mit einfließen.

Eine Frage war, welche Gefahr nach unserer Einschätzung besteht, wenn Sexarbeit verboten wird. Da kann ich mich meinen Vorrednerinnen anschließen. Wir gehen davon aus, dass – so wie man das jetzt auch schon unter Coronabedingungen gesehen hat – die Menschen in die Illegalität verschwinden werden. Das heißt, sie werden nicht mehr erreichbar sein, und zwar nicht mehr erreichbar für Beratungsstellen und damit auch nicht mehr erreichbar für Gesundheitsprävention, was uns als Aidshilfe ja ein ganz wichtiges Anliegen ist.

Da ist besonders wichtig – das haben wir im Bereich der männlichen Prostitution oder Male Escort auch gesehen –: Das sind oftmals wirklich die Schwächsten der Gesellschaft, die davon betroffen sind, die nur selten das Selbstbewusstsein haben, auch als Sexarbeitende aufzutreten, sondern sich aus welchen Gründen auch immer – das möchte ich nicht bewertet wissen – dafür entschieden haben, aber dann auch die Ersten sind, die vom Hilfesystem nicht mehr erreicht werden können und sich sehr schnell unter dem Aspekt der Stigmatisierung eher zurückziehen. Das berichten die Kolleginnen und Kollegen der Beratungsstellen.

Um einer weiteren Frage schon vorzugreifen: Im Rahmen der Coronapandemie ist deutlich geworden: Sexarbeit war verboten. Sexarbeit war wieder erlaubt. Es gab unterschiedliche Stufen in den letzten Monaten. Dieses Mal-ja-mal-nein hat schon zu Ausweichverhalten geführt. Die Kolleginnen und Kollegen haben berichtet, dass es immer schwieriger würde, die Menschen zu erreichen. Wann darf ich wieder in Erscheinung treten, wann nicht? Irgendwann sind die Menschen weg, weil die Gefahr, dass sie reglementiert werden, jetzt in Coronazeiten einfach zu groß ist. Das würde ich übertragen. Ein Sexkaufverbot wäre ja noch eine Verschärfung der jetzigen Situation. Diese Menschen sind für unser Hilfesystem dann nicht mehr erreichbar.

Die Frage, warum beim Nordischen Modell nur weibliche Sexarbeiterinnen berücksichtigt werden, fand ich interessant, weil ich mir die auch gestellt habe. Ich habe mich in

den letzten Tagen mit dem Nordischen Modell ein bisschen mehr beschäftigt und habe es so verstanden: Das hat etwas mit dem Background zu tun, mit dem die Menschen, die das Nordische Modell erdacht haben, das betrachten. Der Schwerpunkt ist: Frauen, die in der Sexarbeit tätig sind, sind Opfer von Gewalt. Dem will man aus feministischer Sicht entgegenwirken. Ich glaube, dass das als Basis dann einfach ausschließt, dass man sich auch mit Männern in der Sexarbeit oder auch mit Transmenschen in der Sexarbeit beschäftigt. So habe ich versucht, mir das zu erklären.

Welchen Veränderungsbedarf sehen wir beim Prostituiertenschutzgesetz, das es seit 2017 gibt? Alle Beratungsstellen merken, dass dieses Gesetz Frauen, Männer und Transmenschen noch einmal mehr stigmatisiert hat. Es gibt sicherlich die selbstbewussten Menschen, die sich als Sexarbeitende definieren und auch kein Problem damit hatten, diese Regeln zu akzeptieren. Wobei ich aus jahrelanger Auseinandersetzung mit dem Gesetz auch von den Berufsverbänden und von den Zusammenschlüssen und von den Beratungsstellen weiß: Grundsätzlich ist dieses Gesetz nie das Gesetz gewesen, das wir alle gewollt haben.

Ich würde mir wünschen, dass wir da noch einmal genauer hingucken: Erreicht dieses Gesetz tatsächlich alle, die in der Sexarbeit tätig sind? Muss man da nicht einfach sagen, es erreicht nur einen Teil, nämlich nur die, die selbstbewusst in der Sexarbeit arbeiten? Aber der große Teil, der sich möglicherweise gar nicht als Sexarbeitende definiert, meldet sich nicht an, ist damit illegal, ist einem Stigma unterworfen und kann nicht mehr erreicht werden. Da müsste wirklich geguckt werden: Ist das wirklich das Gesetz, das die Bandbreite aller Tätigen erreicht?

Ausstiegsangebote aufbauen: Da hatten wir neulich ein Modell. Was hat das für die Frauen und die Arbeit in den Beratungsstellen möglicherweise für Folgen? Zuerst ein Sexkaufverbot zu machen und dann zu gucken, wie man die Frauen, Männer und Transmenschen wieder erreicht, halte ich für einen unlogischen Weg. Ich finde, erst muss man doch das Beratungsangebot in NRW noch weiter stabilisieren und ausbauen, damit die Beratungsstellen nicht ständig gucken müssen, wie lange sie ihre Angebote noch aufrechterhalten können. Wenn ich das ernst nehme, dass ich die Menschen unterstützen möchte und ihnen Schutz bieten möchte, dann muss ich erst dafür Sorge tragen, dass ein stabiles Hilfesystem da ist, das aber auch anerkennt, dass sich Menschen sehr unterschiedlich entscheiden, ob sie in der Sexarbeit tätig sein möchten oder ob sie in ihrem Leben vielleicht andere Dinge tun möchten. Dann wäre aus der Logik heraus für mich erst der nächste Schritt, über Sanktionen, Verbote oder sonstwas nachdenken zu können. Wobei ich das in keiner Weise unterstützen möchte. Aber ich finde, die Logik ist: Bauen wir erst das aus, was wir schon haben, worauf wir in NRW stolz sein können. Dann schauen wir mal, was mit dem Thema „Sexarbeit“ passiert.

Es gibt wenig Anmeldungen. Wie kann man das den Frauen erleichtern? Die Tätigkeit Sexarbeit ist gesellschaftlich immer noch einem großen Stigma unterworfen. So lange dieses Stigma besteht, werden Menschen nicht bereit sein, sich diesem Prostituiertenschutzgesetz unterzuordnen und sich anzumelden. Da gebe ich Ihnen recht, Frau Reiche. Wir müssen in der Gesellschaft an der Antistigmatisierung arbeiten. Ansonsten wird sich da nichts ändern.

Welche Befürchtungen haben wir, was mit den Frauen bei einem Sexkaufverbot passiert? Das habe ich schon gesagt. Ich glaube, Menschen in der Sexarbeit werden in die Illegalität ausweichen. Illegalität heißt, dass wir den Schutzgedanken abschreiben können. Das wollten wir ja eigentlich mit dem Prostituiertenschutzgesetz erreichen, nämlich die Menschen in der Prostitution zu schützen. Diesen Gedanken müssen wir dann aufgeben. Das ist meine Meinung dazu.

**Andrea Hitzke (Dortmunder Mitternachtsmission e. V.):** Die Dortmunder Mitternachtsmission, die ich leite, unterhält eine Fachberatungsstelle für Prostituierte. Wir sind auch spezialisierte Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel.

Die erste Frage an uns war: Welche Gefahr sehen wir, wenn Sexarbeit oder auch Sexkauf verboten werden? Wie meine Vorrednerinnen sehen wir sehr stark die Gefahr, dass Sexarbeiterinnen in die Illegalität und in die Dunkelbereiche gedrängt werden, dort verstärkt Opfer von Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel werden und den Kontakt zu den Hilfestrukturen oder auch zur Polizei verlieren, weil sie sich nicht trauen oder auch schämen, wenn sie in den Dunkelbereichen arbeiten, sich an diese Stellen zu wenden.

Ich sehe darüber hinaus die Gefahr, dass Sexarbeiterinnen, die bisher selbstbestimmt gearbeitet haben, gut mit ihrer Lebenssituation zurechtgekommen sind, ihre Familien unterstützt haben und sich einen gewissen Lebensstandard erarbeitet haben, auf einmal auf Unterstützung angewiesen sind und in ganz schwierige finanzielle Situationen geraten. Leider zeigt die Erfahrung, dass es gerade Sexarbeiterinnen, die dann auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, sehr schwer haben, dann zum Beispiel Hartz IV zu bekommen. Das betrifft insbesondere die Frauen aus den EU-Ländern, die bei uns leben.

Dass sich die Forderung in erster Linie auf weibliche Sexarbeiterinnen bezieht, liegt sicherlich daran, dass das als feministische Forderung gesehen wird. Wir haben auch vereinzelt Männer und auch Transmenschen in unserer Beratung. Ich glaube, dass das eine viel größere Gruppe ist als wir denken. Der Zugang ist nur sehr schwierig. Denn das ist ein Tabubereich, in dem es vielleicht noch weniger Hilfeangebote gibt als für weibliche Sexarbeiterinnen. Wenn man da noch einmal mehr anbieten würde, könnte man sehen, dass diese Gruppe deutlich größer ist als wir meinen.

Die Frage nach dem Verbesserungsbedarf hinsichtlich des Prostituiertenschutzgesetzes beantworte ich mal im Zusammenhang mit der Frage, warum es so wenige Anmeldungen gibt und was da getan werden muss. Beides hängt eng zusammen. Wir denken, dass die Hürden im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes für diese Anmeldungen schlichtweg zu hoch sind. Das fängt an bei der Häufigkeit der Anmeldeverfahren und Beratungserfordernisse, die Sexarbeiterinnen erfüllen müssen. Das ist vielleicht einmal oder zweimal akzeptiert, aber danach fragen sich natürlich erfahrene Sexarbeiterinnen, warum sie sich noch einmal beraten lassen sollten. Das hindert sicherlich einige daran, diese Gespräche zu führen. Zum anderen empfinden die Frauen – so wurde uns das berichtet – diese Regelungen im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes, die es ja für keine andere Branche gibt, als extrem stigmatisierend und

diskriminierend, dass sie sich befragen lassen müssen und beraten lassen müssen. Wir denken, dass Beratung freiwillig sein muss, damit sie auch wirkt.

Des Weiteren glauben wir, dass viele der Regelungen im Prostituiertenschutzgesetz lebensfremd sind im Rahmen der Branche Sexarbeit. Das betrifft zum Beispiel das Verbot, an den Arbeitsplätzen zu schlafen. Das ist in diesem Bereich einfach völlig unpraktisch. Prostitution oder Sexarbeit ist ja teilweise eine sehr mobile Arbeit. Die Frauen oder Männer reisen teilweise von Stadt zu Stadt und besuchen verschiedene Messen. Wenn die sich zusätzlich zum Beispiel ein Hotelzimmer mieten müssten, würde das extrem hohe Kosten verursachen. Das können ja viele Sexarbeiterinnen nicht zahlen oder sind auch nicht bereit dazu. Deswegen haben in der Vergangenheit viele an ihren Arbeitsplätzen übernachtet.

Ein weitere Regelung, die wir kritisch sehen, ist, dass auch schon Kleinstbetriebe mit zwei Frauen als Bordellbetriebe gelten und auch hohe Anforderungen an diese Betriebe gestellt werden, was Brandschutz usw. angeht. Bei einem Wohnungsbordell, in dem vielleicht zwei Frauen arbeiten, können die gar nicht erfüllt werden. Das hatte in Dortmund zur Folge, dass ganz viele dieser Wohnungen aufgegeben wurden, bei denen sich zwei Frauen zusammengetan hatten, was ganz wichtig für sie war unter Sicherheitsaspekten. Die haben dann entschieden, doch wieder alleine in einer Wohnung zu arbeiten, was dann natürlich genau das Gegenteil von dem bewirkt, was das Gesetz eigentlich erreichen sollte, nämlich die Frauen zu schützen.

Die nächste Frage bezog sich auf das Nordische Modell und die Ausstiegsangebote. Das wird ja sehr lobend erwähnt. Ausstiegsangebote sind natürlich wichtig. Wir halten aber Unterstützungs- und Beratungsangebote für in der Sexarbeit tätige Menschen, die sich nicht entschieden haben, aus der Prostitution auszusteigen, für viel wichtiger, um sie unter Umständen davor zu schützen, dass sie in ausbeuterische Verhältnisse geraten oder andere schwerwiegende soziale und psychische Folgen zu erleiden haben. Ausstiegsangebote ja. Es gibt ja Ausstiegsangebote auch bei den verschiedenen Beratungsstellen. Auch ohne das Nordische Modell würde ich das für sehr sinnvoll halten, dass diese Angebote weiter ausgebaut werden und auch flächendeckend zur Verfügung stehen. Das Ausstiegsmodell wird zwar immer als zentraler Punkt gesehen, aber viele der Sexarbeiterinnen wollen ja gar nicht aussteigen. Uns wird immer entgegengehalten: Warum wird das als großer Erfolg gewertet, wenn Ausstiegsangebote gemacht werden? Wir wollen das ja gar nicht. Wir wollen ja in diesem Bereich arbeiten. Entsprechend soll unsere Situation in unserer Arbeit, die wir gewählt haben, verbessert werden.

Ich denke auch, dass die schon bestehende Stigmatisierung und Diskriminierung durch das schwedische Modell auf jeden Fall noch verschärft werden.

Während der Coronasituation lässt sich schon einiges von dem erkennen, was passieren würde, wenn es Verbote gibt. Die Frage an uns war: Was bedeutet das für die Beratungsarbeit? Die Beratungsarbeit gestaltet sich bei uns natürlich schwieriger, weil ein Schwerpunkt unserer Arbeit die aufsuchende Arbeit und Streetwork sind. Jetzt, wo ja praktisch alle legalen Betriebe und Wohnungen geschlossen sind, ist es natürlich schwierig, die Frauen zu erreichen. Wobei wir schon auch jetzt die Erfahrung machen,

dass sich viele Sexarbeiterinnen, die bisher keinen Unterstützungsbedarf hatten, an uns wenden, um irgendwie ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familien zu sichern.

Man kann sagen: Das Prostitutionsverbot zurzeit hat allen Frauen praktisch den Boden unter den Füßen weggezogen, nicht nur finanziell und wirtschaftlich, sondern auch was ihre psychische Situation und ihre Lebensführung angeht, weil es für sie ja bisher überhaupt keine Perspektive gibt, wie es weitergehen kann. Wir wissen, dass viele Frauen ihre sämtlichen Ersparnisse aufgebraucht haben und jetzt auch alles verkaufen, was sie sich irgendwie mal angeschafft haben. Das ist natürlich sehr schwierig.

In Dortmund haben wir auch einen Straßenstrich. Straßenprostitution generell ist in Dortmund verboten. Das muss man noch dazu sagen. Der Straßenstrich boomt, also der illegale Bereich und auch aus unserer Sicht der schwierigste Arbeitsbereich im Rahmen der Sexarbeit. Dort tauchen jetzt zunehmend Frauen auf, die ihre Wohnung verloren haben, also obdachlos geworden sind, und keine andere Möglichkeit sehen, um überhaupt Geld zum Leben zu bekommen.

Das macht das für uns natürlich schwierig. Außer dass wir mal Spenden ausgeben und versuchen, über Stiftungen Geldbeträge für einzelne Frauen zu beantragen, gibt es Frauen, für die wir im Prinzip nur wenig Handhabe haben außer diesen gelegentlichen Beihilfen, die wir da geben können.

Kooperation mit Polizei und Behörden: Wir haben geschrieben, dass es schwieriger wird, Vertrauen zu den Behörden aufzubauen. Dadurch, dass Prostitution jetzt verboten ist und sich viele Frauen dahin geflüchtet haben, praktisch illegal zu arbeiten, werden sich diese Frauen, wenn sie dann Opfer von Gewalt werden – von solchen Fällen haben wir auch schon gehört –, eher nicht an die Polizei wenden, weil sie Angst haben, dann selber sanktioniert zu werden. Das finde ich sehr schwierig.

Wir haben ja das Dortmunder Modell Prostitution aufgebaut, wo eigentlich ein sehr gutes Vertrauensverhältnis zwischen der Polizei, den Ordnungsbehörden und den Sexarbeiterinnen aufgebaut werden konnte. Das wird durch diese Illegalisierung im Prinzip konterkariert.

Zu der Frage, ob Migrantinnen andere berufliche Optionen außerhalb der Prostitution haben: Für einige Frauen könnte es vielleicht Optionen geben. Das Problem sind immer noch die Sprachschwierigkeiten. Es gibt durchaus Frauen aus osteuropäischen Ländern zum Beispiel, die gute Berufsausbildungen haben, bei denen man denken könnte, die könnte man gut gebrauchen, und die könnten arbeiten. Schwierig sind die Sprachhürden. Eine große Schwierigkeit ist aber auch die Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse oder von Schulabschlüssen. Gerade die Frauen, die gute Berufsausbildungen haben und hier in der Prostitution arbeiten, berichten uns ausdrücklich, dass sie sich für die Sexarbeit entschieden haben, weil sie da die Möglichkeit sehen, auch genug Geld zu verdienen, um ihre Familien zu ernähren und das zu erreichen, was sie erreichen wollen.

**Nicole Schulze (Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen e. V.):**  
Guten Tag, liebe Frau Vorsitzende, liebe Damen und Herren! Ich bin Vorstandsmitglied im Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen. Wir haben lange überlegt,



ob nicht unsere politische Sprecherin Johanna Weber zu Ihnen kommen sollte. Man hat sich extra für mich entschieden, weil ich hier als Straßenfrau sprechen möchte. Ich bin seit 2004 in der Prostitution tätig und auch hier in NRW tätig, und zwar auf der Geestemünder Straße in Köln, auf der Straße.

Ich möchte mich zur aktuellen Situation unter Corona aus Sicht einer Straßenfrau äußern. Die aktuelle Situation ist besonders für uns Straßenfrauen sehr, sehr schwierig. Ich habe zum Glück den Vorteil, dass ich meine Steuern vernünftig gemacht habe, dass ich angemeldet bin, und ich konnte die Coronahilfen beantragen. Viele meiner Kolleginnen – gerade rumänische und bulgarische – sind durchgefallen durch die ganzen Hilfen. Ich sehe auch das nächste Problem, dass sie durch die Impfverordnung fallen. Das beschäftigt mich als Kollegin dieser Frauen sehr.

Hätten wir vom Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen nicht diesen Notfallfonds ins Leben gerufen, hätte ich vielen Kolleginnen nicht helfen können. Das hat mich auch sehr beschäftigt. Wir vom Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen haben es geschafft, jetzt insgesamt 200.000 Euro Spendengelder zu bekommen. Die sind alle verteilt worden und besonders an viele Beratungsstellen, die zusammen mit den Frauen den Antrag gestellt haben.

Die Situation auf der Straße sieht im Moment so aus: Ich kann meine Kolleginnen verstehen. Ich werde auch niemandem hier einen Vorwurf machen. Sie arbeiten fast alle illegal, aus der Not heraus. Das kann ich auch verstehen. Ich möchte das unterscheiden. Ich habe auch viel mit Beschaffungsprostitution zu tun. Viele meiner Kolleginnen sind drogenabhängig. Sie bekommen Hartz IV, aber haben ihre Drogensucht mit der Prostitution finanziert. Wenn sie keine Einnahmen mehr haben, um ihre Drogen zu finanzieren, bekommen sie auch noch das Problem mit der Sucht und haben doppelt zu leiden. Das tut mir in der Seele weh, dass sich der Staat nicht darum kümmert und sie einfach vergisst.

Zum Thema „Sexkaufverbot“: Ich kann Ihnen mal von mir erzählen. Ich war jahrelang auf der Straße tätig. Sieben Jahre lang war ich in einem Abhängigkeitsverhältnis. Ich war einem – wie man heute sagt – Loverboy hörig. So gesehen bin ich ein Loverboy-Opfer. Ich habe mein Geld sieben Jahre lang diesem Mann gegeben. Zum Ende der Beziehung hatte er dann eine andere Frau. Meine Freier haben mich immer als sehr lieb erlebt, sehr aufgeweckt und nett. Zum Ende der Beziehung war ich leider Gottes in einer Traumaphase, worauf mich meine Freier aufmerksam gemacht haben. Sie haben mich zum Beispiel gefragt: Warum bist du heute so traurig? – Ich habe mich irgendwann meinen Freiern, die mich häufig besucht haben, anvertraut. Diese Freier haben mich darin bestärkt, mir Hilfe bei Beratungsstellen zu holen. So habe ich mich dem SkF Köln anvertraut und konnte mit deren Hilfe aus diesem Abhängigkeitsverhältnis herauskommen und mich wieder stärken.

Ich gebe aber nicht der Prostitution, also meinem Arbeitsumfeld, die Schuld an dem Loverboy bzw. der Abhängigkeit, sondern ich gebe alleine dem Loverboy, meinem Ex, die Schuld daran. Ich sage: Ich will den Beruf gerne weiter ausüben, weil dieser Beruf mich erfüllt. Ich bin das komplette Gegenteil von einer bestimmten Person, die auch öffentlich auftritt.

Ich möchte hier mal ganz klar sagen: Wenn Deutschland das Sexkaufverbot bekommt, dann haben Frauen wie ich, die in der Prostitution tätig sein möchten, auch wenn sie viele Dinge als schlimm empfunden haben, keine Chance mehr.

Sie werden auch keine Hilfsangebote der Beratungsstellen mehr zulassen. Es ist ja verboten. An wen hätte ich mich in der Situation wenden sollen? Ich war froh, dass es legal war und ich darüber sprechen konnte, über meinen Beruf mit den Beratungsstellen. Das sollte sich auch die Politik ein bisschen zu Herzen nehmen, dass alles, was verboten ist, auch im Dunkeln bleibt, und alles, was legal ist, ins Licht kommt.

Warum ich das Prostituiertenschutzgesetz nicht so gut finde und verbesserungswürdig: Das ist auch so ein Punkt. Da hätte ich gerne, dass sich die Politik mit uns unterhält, und zwar mit jeder Branche in der Prostitution. Die Prostitution ist vielfältig: Straße, Bordelle, High Class Escort, was es auch alles gibt. Es muss für jeden angepasst sein und auch für die Beschaffungsprostitution.

Ich kann verstehen, warum eine drogenabhängige Frau, die in der Beschaffung tätig ist, keinen Hurenausweis hat. Sie schafft es vielleicht nicht, zum Ordnungsamt zu gehen und sich anzumelden. Sie möchte das vielleicht nicht alles über sich ergehen lassen. Ihr erster Gedanke ist, ihre Sucht zu stillen, ihren Körper – man nennt es in der Branche so – gesund zu machen. Das ist ihr erster Gedanke, wenn sie den Tag beginnt.

Es gibt so viele Aspekte, warum man auch diese Frauen berücksichtigen sollte. Ich habe einen Ausweis, und den habe ich nur, weil ich jetzt in der Öffentlichkeit stehe. Aber man sollte auch noch einmal darüber nachdenken, ob das alles so richtig ist. Wenn uns die Politik stigmatisiert, wie soll dann die Gesellschaft uns anerkennen?

**Holger Rettig (Unternehmerverband Erotik Gewerbe Deutschland e. V.):** Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Wir vertreten die Betreiberinnen und Betreiber, also die Gruppe, die den Sexarbeitern die Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

Lassen Sie mich einleitend sagen, dass wir sehr dankbar sind, dass wir hier heute sprechen können. Denn der Antrag „Nein! Zum Sexkaufverbot“, der von den Fraktionen von CDU und FDP gestellt wurde, trägt schon dazu bei, dass wir zu einer Versachlichung dieser emotionalen Debatte kommen. Das wirkt entstigmatisierend. Je mehr es solche Veranstaltungen und solche Gremien gibt, desto mehr entfernen wir uns von einer Stigmatisierung, weil wir dadurch die Versachlichung stärken.

Zur ersten Frage von der FDP-Fraktion, welche Gefahr wir bei einem Verbot sehen: Zum einen haben wir natürlich mit einem Sexkaufverbot eine staatliche Enteignung der Betriebe. Das sind in Deutschland 2.300 und 350 Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Die würden durch ein Sexkaufverbot enteignet, weil ihnen ja ihre Geschäftsgrundlage genommen würde. Das rührt daher, dass über das Prostituiertenschutzgesetz eben die Betriebe eine Erlaubnis dafür haben, dass in ihren Räumen oder durch ihre Organisation entgeltliche sexuelle Verträge miteinander geschlossen werden. Das fällt weg. Also werden die Betriebe enteignet.

Hinzu kommt, dass wir, wenn die Betriebe wegfallen, auch eine Vernichtung von Arbeitsplätzen im Rahmen der Prostitution haben. Das sind Hausdamen, Wirtschaftler,

Hausmeister, Sicherheitspersonal, Angestellte in Betrieben, die auch Alkoholausschank haben, die also hinter dem Tresen arbeiten. Diese Arbeitsplätze würden alle wegfallen. Wir gehen davon aus, dass das in Deutschland eine Größenordnung von 6.500 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen ist und in Nordrhein-Westfalen von rund 2.000.

Eine weitere Gefahr – so wie Sie es in der Frage formuliert hatten – des Verbots sehen wir darin, dass sich vielleicht gar keiner daran hält.

Wir haben sehr kurzfristig eine Onlinebefragung bei den Freiern gemacht, wie sie zu dem Sexkaufverbot stehen. Die Onlinebefragung haben wir vom 30.12. bis zum 10.01. durchgeführt. Dann lief die aus. Wir haben das auf Internetplattformen gemacht, auf denen sich Freier austauschen. Wir haben das nur unter den registrierten Mitgliedern gemacht, sodass sichergestellt war, dass das nicht durch Manipulationen von außen im Antwortverhalten verwässert werden kann.

An dieser Onlinebefragung haben trotz Corona – also obwohl auf so einer Plattform natürlich nur ein geringer Zugriff ist, weil ja Prostitution zurzeit untersagt ist – 2.985 Personen teilgenommen. Von diesen 2.985 waren 98 % männlich, und die lebten zu 88 % in Nordrhein-Westfalen. Was deren Alter, Bildungsstand, die Beschäftigungssituation und ihr Einkommen betrifft, so spiegelt das mehr oder weniger den Durchschnitt in der Bevölkerung bei den über 18-Jährigen wider.

Wir haben es noch nicht geschafft, diese Umfrage komplett auszuwerten, insbesondere nicht die Verknüpfung von Sachfragen mit den soziodemografischen Daten.

Jedoch können wir jetzt vorab schon einmal sagen: Ein Sexkaufverbot würden 83 % der Befragten ignorieren.

Uns hat natürlich dann interessiert, was die Gründe dafür sind. Dabei gaben lediglich 21 % an, dass sie in der Lage wären, bei einem solchen Verbot auch einen anderen Sexualpartner zu haben, ohne dafür zu bezahlen. Dagegen gaben allerdings 75 % an, dass es für sie sehr schwierig bis überhaupt nicht machbar ist, unentgeltlich einen Sexpartner zu finden. Deshalb antwortet diese Gruppe, sie würde ein Sexkaufverbot ignorieren.

Des Weiteren haben wir gefragt, wie bei einem Sexkaufverbot mit dem finanziellen Risiko umgegangen würde, das heißt, dass wenn man erwischt würde, ein Bußgeld zu zahlen wäre oder man einen Strafbefehl bekäme. Daraufhin haben 29 % geantwortet, dass sie zukünftig bei einem Verbot weniger für die sexuelle Dienstleistung zahlen würden, um diesen Risikoausgleich zu haben. 15 % haben geantwortet, dass sie mehr zahlen würden. 55 % haben geantwortet, dass sie zukünftig bei einem Verbot aber nicht mehr zahlen würden als zum jetzigen Zeitpunkt.

In den nächsten Wochen werden Sie von uns die gesamte Umfrage erhalten.

Daneben hat es auch rund 300 qualitative Statements von Freiern gegeben. Die zeigen deutlich: So lange eine Nachfrage nach entgeltlichen sexuellen Dienstleistungen besteht, wird es auch ein Angebot geben. Man kann nicht erwarten, dass es bei einem Sexkaufverbot lediglich durch die gesetzliche Änderung keine Nachfrage mehr geben würde. Wie gesagt: 83 % haben gesagt, sie würden dieses Sexkaufverbot ignorieren.

Sexualität, Libido – das ist ein Grundbedürfnis für die Menschen. Selbst wenn man ihnen das per Gesetz wegnehmen würde, würden sich die meisten nicht daran halten.

Die Frage, warum meist nur weibliche Sexarbeiter genannt werden, ist schwierig zu beantworten. Wir denken, dass es in diesem Diskurs über ein Sexkaufverbot in Schweden 1999 primär darum ging, eine Gleichbehandlung zwischen Mann und Frau zu schaffen. Bei einem Sexkaufverbot lassen sich die Frauen einfacher als Opfer titulieren, als das bei der mann-männlichen Prostitution der Fall ist.

Zum Verbesserungsbedarf beim Prostituiertenschutzgesetz möchten wir aus Sicht der Betreiberinnen und Betreiber anführen: Für uns ist eigentlich das Wichtigste, dass es zu einer Verbesserung des Angebots an legalen, sicheren, gesundheitsschützenden und transparenten Arbeitsplätzen kommt. Je mehr legale Arbeitsplätze wir haben, desto stärker ist die Kanalisierungsquote. Desto mehr kann sich auch der Bereich der Schwarzarbeit, der illegalen Sexarbeit verringern. Nehmen Sie das Beispiel der hausnahen Dienstleistungen, Haushaltshilfen, Putzhilfen usw. Da hat der Staat ja auch reagiert und die steuerliche Absetzbarkeit verbessert. Die Anmeldung solcher Tätigkeiten ist vereinfacht worden. Das hat auch in einem gewissen Maße zu einer Reduzierung der Schwarzarbeit in dem Bereich geführt. Deswegen ist es für uns so wichtig, dass wir das Angebot an legalen Arbeitsplätzen erhöhen.

Wie setzen wir das um? Da ist es natürlich wichtig, dass wir das im Dialog mit allen Beteiligten machen, mit den Sexarbeitern, mit den Behörden und Verwaltungen, mit den Beratungsorganisationen. Am besten wäre dafür, wenn in Nordrhein-Westfalen wieder ein Runder Tisch eingeführt werden würde. Dort könnte man besprechen, was alles getan werden kann, um das Prostituiertenschutzgesetz zu verbessern. Daraus können sich dann konkrete Projekte entwickeln.

**Tamara Degenhardt (Beratungsstelle KOBBER; per Video zugeschaltet):** Auch ich begrüße alle Abgeordneten bei der heutigen Anhörung. Ich möchte einen kurzen Diskurs zu unserer Einrichtung machen, damit sich meine Antwort erklärt. Unsere Einrichtung macht ja landesweit aufsuchende Arbeit in ganz Nordrhein-Westfalen. Unter anderem haben wir ein Projekt für Frauen in der Wohnungslosigkeit, die der Beschaffungsprostitution nachgehen. Insofern beziehe ich mich auch auf die Situation, die wir im vergangenen Jahr erlebt haben.

Bei uns in der Beratungsstelle hatten wir einen hohen Zulauf an Frauen – viel mehr als regulär –, die aufgrund der Schließung der Betriebe einen großen Hilfebedarf hatten. Es zeigte sich, dass viele der Fälle sehr umfangreich und schwierig waren, da uns Unterlagen und Weiteres auch von den Frauen fehlten oder es sehr schwierig war, das zu beschaffen. Es war auch nicht so einfach, mit den Behörden zu kooperieren. Allerdings konnten wir für viele Frauen Transferhilfen durchsetzen. Das funktionierte stellenweise auch ganz gut. Auch Soforthilfen ließen sich gut installieren.

Allerdings brach uns das nach ungefähr drei Monaten weg, weil viele der Anträge nur für kurze Zeit bewilligt waren und dann die Anforderungen der Behörden zu groß waren. Da zeigten sich dann leider wieder Auswirkungen des Prostituiertenschutzgesetzes, da die Frauen nicht die meisten Unterlagen anbei hatten, Quittungen aus den

Betrieben oder ähnliches fehlte. Deswegen sind vielen danach die Transferleistungen wieder weggebrochen, was viele Frauen in große Schwierigkeiten gebracht hat.

Im zweiten Lockdown haben auch wir weniger Zulauf. Allerdings bemerken wir, dass es unter anderem daran liegt, dass sich die Frauen momentan chancenlos fühlen und teilweise wissen, dass sie keine Ansprüche haben. Deswegen nutzen sie auch das Beratungsangebot nicht mehr.

Auch wir haben die Erfahrung gemacht, dass immer mehr Frauen derzeit weiter illegal der Prostitution nachgehen, um damit ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Ein Beispiel dafür: Wir konnten feststellen, dass bei uns in Dortmund, obwohl es in Dortmund einen Sperrbezirk gibt, auch Frauen, die vorher in Prostitutionsbetrieben gearbeitet haben, mittlerweile der Straßenprostitution nachgehen.

Die Anzahl der Frauen in der Beschaffungsprostitution ist auch nicht zurückgegangen. Auch dort verdienen die Frauen weiterhin ihr Geld, auch wenn es derzeit verboten ist.

Wir als Hilfsangebot hatten während der kompletten Coronazeit geöffnet. Wir haben versucht, das Hilfsangebot für die Frauen der Beschaffungsprostitution aufrechtzuerhalten, soweit uns das mit den vorgegebenen Hygienekonzepten und Maßnahmen möglich war.

Wir sehen, dass die Frauen in der Beschaffungsprostitution gerade sehr unter der Situation leiden. Viele Einrichtungen halten derzeit nur ein gewisses Maß an Hilfen vor oder haben auch nur eingeschränkte Öffnungszeiten. Deshalb ist es für diese Frauen schwierig, an Unterstützung zu kommen.

Frau Troles hat gefragt, ob prostitutionshemmende Effekte bewiesen werden konnten. Ich denke, die Frage bezog sich auf die Länder, in denen das Nordische Modell schon vorherrscht. Dazu kann ich nur sagen: Es gab im Jahr 2010 in Schweden eine Studie, die angeblich bewiesen hat, dass Prostitution in den Ländern zurückgegangen sei. Für mich beweist das nur, dass das einfach nicht mehr sichtbar stattfindet. Man sagt ja in diesen Ländern, dass dieses Gesetz als Barriere gegen Menschenhandel wirkt. Das könnte ich so nicht bestätigen. Ich kann mir das auch nicht vorstellen. Denn weniger sichtbare Prostitution bedeutet einfach nur ein größeres Dunkelfeld.

Die Digitalisierung hat ja auch zugenommen. Auch in Schweden sagte man, dass sich Frauen immer mehr im Internet anmelden. Auch wir haben schon nach Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes und jetzt in der Coronazeit eindeutig festgestellt, dass immer mehr Frauen diesen Internetraum nutzen, um dort ihre Dienstleistungen anzubieten.

Aus diesem Grund sehe ich keine nachhaltigen Effekte, die dieses Gesetz hervorbringen könnte.

**Dagmar König (ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft; per Video zugeschaltet):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst für die Gelegenheit, hier eine Stellungnahme abzugeben. Ich will noch kurz etwas zu meiner Person sagen. Ich bin bei ver.di für den Bereich Sozialpolitik zuständig, habe

mich aber natürlich mit meinen Kolleginnen und Kollegen, die schwerpunktmäßig die Frauen- und Gleichstellungspolitik betreuen, rückgekoppelt.

Meines Erachtens ist sehr klar, dass wir hier eine sehr differenzierte Betrachtungsweise brauchen, um uns diesem Thema überhaupt richtig zu nähern.

An mich war die Frage gerichtet, inwieweit ich der Überzeugung bin, dass mit dem Nordischen Modell tatsächlich Prostitution verhindert werden kann und ob man das sichtbar machen kann. Ich schließe mich da meiner Vorrednerin an. Das kann ich so auch nicht erkennen. Denn das, was wir zeigen können und was Studien und Zahlen aussagen können, ist ja nur, ob in dem sichtbaren Bereich weniger Prostitution stattfindet. Das wird sicherlich so sein.

Aber die Frage ist ja, ob deshalb insgesamt weniger Prostitution ausgeübt wird und welche Effekte das für die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter hat. Da ist der Effekt aus meiner Sicht jedenfalls ganz sicherlich kein positiver. Denn es ist nur ein Verdrängungseffekt. Ich glaube nicht, dass wir hier in einem großen Maße insgesamt dazu kommen, dass Prostitution weniger wird, sondern sie findet dann in Räumen statt, in denen wir sie nicht mehr sehen und nicht beschreiben können.

Vor allen Dingen – das ist für mich der Kernpunkt – können wir dann die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter mit Beratungsangeboten, aber auch mit Schutzmaßnahmen nicht mehr erreichen. Ich glaube, dass der illegale Raum ein sehr viel ungeschützterer ist und dass es nicht unser Ziel sein kann, Menschen dorthin zu verdrängen. Dass man mit einem Sexkaufverbot tatsächlich den Sexkauf verhindern kann, bezweifle ich stark. Ich glaube auch nicht, dass das zielführend ist.

Wir müssen hier insgesamt zu einer sehr viel stärkeren Differenzierung kommen bei der Betrachtung derjenigen Menschen, die diese Tätigkeit ausüben. Das ist ja von meinen Vorrednerinnen schon mehrfach angesprochen worden, dass wir hier ein sehr breites und sehr unterschiedliches Feld haben. Wir müssen sehr viel mehr und sehr viel effektiver gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel vorgehen. Da ist eine Fülle von Maßnahmen dringend notwendig. Aber wir müssen auch akzeptieren, dass es Menschen gibt, die aus unterschiedlichsten Gründen selbstbestimmt und freiwillig beschlossen haben, diese Tätigkeit auszuüben. Ich finde, das müssen wir dann auch respektieren. Die haben den gleichen Anspruch auf Schutz durch die Gesellschaft wie jeder andere Mensch auch.

**Helmut Sporer (per Video zugeschaltet):** Ich möchte mich auch für die Einladung bedanken und grüße Sie aus Bayern. Ganz kurz zu meiner Person: Ich bin Kriminalbeamter, seit etwa einem Jahr pensioniert und habe ungefähr 30 Jahre lang beruflich mit der Thematik „Prostitution und Menschenhandel“ zu tun gehabt und die ganzen Entwicklungen hautnah verfolgt.

Die Fragen, die an mich gerichtet wurden, überlappen sich einigermaßen. Darum werde ich versuchen, die im Gesamten zu beantworten.

Was die Effekte des Nordischen Modells zur Eindämmung und Bekämpfung des Menschenhandels angeht, muss man grundsätzlich nach Schweden schauen. Schweden hat die meisten Erfahrungen damit. Wir haben dieses Modell in Deutschland nicht. Es

gibt viele Mythen dazu. Ich verlasse mich eher auf die Fakten. Ich bin in ständigem Austausch mit dem Fachmann dort, dem Kriminalbeamten Simon Häggström, und habe auch die Darstellungen von Herrn Sunesson, dem Sonderbotschafter, schon aufgenommen und kann das insoweit bestätigen.

Herr Häggström berichtet ja überall und auch überzeugend, dass das Nordische Modell ein großer Erfolg geworden ist. Die Zahlen der Frauen in Schweden haben sich etwa halbiert. Wenn man das auf Deutschland übertragen möchte, würde sich der Effekt noch wesentlich verstärken.

Laut Europol – so Herr Sunesson – hat sich der Markt in Schweden für Menschenhändler erledigt. Er ist quasi tot. Ich denke, das ist eine sehr deutliche Aussage, was das schwedische Modell bewirkt hat.

Auch der Blick auf die schweren Straftaten, auf die Morde zum Beispiel, ergibt ein deutliches Bild. In Schweden – wie Sie vielleicht wissen – gab es in den letzten 20 Jahren einen Prostituiertenmord und hier in Deutschland ca. 100. Dieser krasse Unterschied hat eine gewisse Aussagekraft.

Dazu kommt die Frage des gesellschaftlichen Wandels in Schweden. Es hat klein begonnen, und mittlerweile hat die Gesellschaft eine ganz andere Einstellung, wird immer berichtet, was Prostitution in weiten Teilen ist und was mit vielen Frauen dort passiert.

Wenn man das jetzt auf Deutschland übertragen möchte, dann muss man erst einmal schauen, wer in der Prostitution tätig ist. Ich vermisste hier ein bisschen die Quotierung der Zahlen, welche Art Frauen vermehrt in der Prostitution tätig ist. Man muss jetzt den Fokus wirklich auf die rund 90 % Frauen lenken, die fremdbestimmt sind und in großer Mehrzahl Opfer von Straftaten sind. Ich denke, das ist auch mittlerweile unstrittig.

Auch die Erhebung von KOBBER, die ich noch gelesen habe, spiegelt dieses Bild deutlich wider. KOBBER hat zum Beispiel ein Jahr lang nur im Hellfeld recherchiert, und in dem Bericht ist zu lesen, dass ein Großteil dieser Menschen bildungsfern ist, dass Frauen von ihren Partnern oder Familien erpresst werden, wenn sie aussteigen möchten, dass sie Männer angetroffen haben, die die Pässe der Frauen haben usw. Es wurde von miserablen Verhältnissen in FKK-Clubs berichtet. Wohl gemerkt: das alles nur im Hellfeld.

Das ist ja auch interessant, weil oftmals darüber gestritten wird, ob Prostitution und Menschenhandel zusammenhängen. Gerade in diesem Bericht, auf den ich ausdrücklich hinweisen möchte – auch wenn die Schlussfolgerung in dem Bericht nicht deutlich ist –, werden die Verhältnisse in Teilen ganz gut beschrieben.

In der Praxis: Ein Großteil der Frauen lebt bei uns in desolaten Verhältnissen. Sie müssen jeden Tag 10 bis 30 Freier bedienen und auch gefährliche Praktiken ausüben, um ihre Kosten decken zu können. Es wird berichtet von Konkurrenzdruck und Dumpingpreisen. Die Frauen hängen Zettel an ihre Zimmer mit der Aufschrift: mache alles. – Das ist sehr deutlich. Die unmöglichsten und nicht vorstellbaren Dinge werden da angeboten. Die meisten Frauen müssen drei bis sechs Freier bedienen, um überhaupt die horrenden Zimmermieten bezahlen zu können. Denen bleibt oft nichts anderes übrig. Sie geben ihr Geld ab und haben dann nicht einmal eine eigene Wohnung. Das

zeigt auch die Coronasituation. Dann müssen sie auf der Straße stehen. Die Frage ist: Wo ist das Geld hingekommen, das sie zunächst einmal eingenommen haben?

Wenn man den Leitfaden des Frauen- und Jugendministeriums zur Beratung nach § 10 Prostituiertenschutzgesetz sieht, in welcher Situation die Frauen leben und welchen Risiken sie ausgesetzt sind – das ist schon eine Horrorliste an Gefahren, die dort aufgelistet sind, wo die Beraterinnen ein bisschen dämpfend wirken sollen –, dann stellt sich die Frage: Wer macht so etwas freiwillig? Wenn Sie diese Liste lesen, dann ist diese Frage, denke ich, für jeden beantwortet.

Die Frage ist auch: Was ist Prostitution insgesamt? Weite Teile stehen in Verbindung mit schwerer und organisierter Kriminalität. Ich habe das über Jahrzehnte hautnah miterlebt. Ich möchte auch auf den Paradise-Prozess gegen die Stuttgarter Bordellbetreiber hinweisen. Das war ein Vorzeigebetrieb. Aber durch die Ermittlungen hat sich gezeigt, dass hinter dieser Fassade massive Kriminalität steckte. Auch Frauen, die geschworen haben, dass sie freiwillig dort sind, und die den Namen ihres Zuhälters im Nacken eintätowiert haben, waren nicht freiwillig dort. Wir wussten das, aber sie haben sich bis zum Schluss nicht getraut, sich zu offenbaren, sich zu outen.

Beratungs- und Betreuungsarbeit ist wichtig – ich schätze die sehr –, aber ich glaube, das reicht auf Dauer nicht, um die miserablen Zustände zu beenden. Reparaturmaßnahmen reichen nicht, sondern man muss die Ursachen bekämpfen. Das bedeutet, auch den Einstieg in die Prostitution zu verhindern. So verringern wir die Zahlen deutlich, gerade die Zahlen der Opfer, die in die Prostitution gebracht werden. Das wäre ein Riesenerfolg. Somit würde auch der Menschenhandel massiv reduziert.

Ich kann als kleines Beispiel sagen: Ich war vor einigen Jahren in Frankreich bei einer Veranstaltung. Da hat mir ein französischer Kollege erzählt, es gab in Frankreich damals noch vor der Einführung des Nordischen Modells nur etwa 40.000 Frauen. Ich war dann sehr überrascht, denn bei uns in Deutschland wird von Zahlen über 400.000 ausgegangen. Er erklärte mir dann, die Menschenhändler kommen nach Frankreich mit ihren Frauen. Sie versuchen, sie irgendwo abzustellen – so die Formulierung. Sie finden keine Plätze, weil es auch damals schon keine großen Bordelle gab wie bei uns in Deutschland üblich. Die ziehen dann weiter. Frankreich hat deshalb damals schon wesentlich geringere Opferzahlen gehabt. Das muss man sich einfach mal vergegenwärtigen.

Wichtig ist, dass man nicht nur an der Reparatur arbeitet. Den Frauen beim Ausstieg zu helfen, ist toll und lobenswert. Aber letztlich finanzieren wir nur die Entsorgung von verbrauchten Frauen – entschuldigen Sie bitte den Ausdruck –, denn jede Frau wird sofort nachersetzt. Das muss man unterbinden.

Die Trennung zwischen sauberer Prostitution und Menschenhandel ist realitätsfern. Das möchte ich noch einmal unterstreichen. Das gibt es in der Praxis nicht. Wenn man in die Bordelle schaut, sieht man das auch.

**Heike Troles (CDU):** An Herrn Sporer habe ich noch einmal die Frage: Konnten prostitutionshemmende Effekte des Nordischen Modells oder eine abschreckende Wirkung auf Freier bewiesen werden?



**Eva Lux (SPD):** An die Mitternachtsmission habe ich noch eine Frage. Uns wurde berichtet, dass nach Einführung des Prostituiertenschutzgesetzes die für das Prostitutionsgewerbe zuständigen Polizeistellen zurückgefahren wurden mit der Begründung, dass Prostitution ja jetzt legal sei. Damit sei auch der Kontrolldruck im Milieu in Richtung Menschenhandel und Zwangsprostitution verringert worden. Können Sie das so bestätigen, oder welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

**Josefine Paul (GRÜNE):** Frau Degenhardt, wir haben ja in verschiedenen Stellungnahmen gehört, dass die Frage von Kooperation und vertrauensbildenden Maßnahmen eine wichtige ist. Vor diesem Hintergrund und angesichts der aktuellen Situation und der Reformbedürftigkeit des Prostituiertenschutzgesetzes: Würden Sie es für sinnvoll halten, den Runden Tisch Prostitution in Nordrhein-Westfalen zu reaktivieren?

**Iris Dworeck-Danielowski (AfD):** Meine letzte Frage geht auch an Herrn Sporer. Warum sind Sie sich denn so sicher, dass es in Schweden nach dem Sexkaufverbot kein Dunkelfeld gibt? Welche Beweise gibt es dafür? Gibt es eine wissenschaftliche Studie dazu? Sonst ist das ja nur eine Annahme. Das erschließt sich mir nicht ganz.

**Helmut Sporer (per Video zugeschaltet):** Ich gehe noch einmal auf die Verhältnisse in Schweden ein, die mir die Kriminalbeamten nahegebracht haben. Ich denke, ich hatte die Frage schon beantwortet. Der abschreckende Effekt ist laut den Kollegen in Schweden ganz klar zutage getreten. Man kann das sicher auch als Laie nachvollziehen. Wenn die Zahl der Prostituierten massiv zurückgeht, dann gehen automatisch auch die Opferzahlen zurück. Das gilt einmal für die nichterkannten Opfer, was auch bei uns in Deutschland in hohem Maße der Fall wäre, weil die einfach nicht mehr im Lande sind und einer anderen Tätigkeit nachgehen würden. Sie müssten nicht mehr die Prostitution ausüben. Genauso wäre das auch bei den erkannten. So ist das in Schweden passiert. Insofern ist der positive Effekt laut den Kollegen eindeutig zu erkennen.

Die zweite Frage bezog sich auf das Dunkelfeld in Schweden. Es wird berichtet, dass die Prostitution nicht mehr in legalisierten Bordellen stattfindet, weil es die eben nicht mehr gibt in der Form ohne Erlaubnis, sondern in Hotels oder in Privatwohnungen.

Das sehen wir in Deutschland auch vermehrt – schon vor Corona –, dass sich Prostitution dorthin verlagert, weil es einfach günstiger ist ohne die horrenden Tagespreise. Aber auch hier kann die Polizei ohne Probleme die Wohnungen aufspüren und das sogenannte Dunkelfeld aufhellen, weil immer eine gewisse Werbung notwendig ist, damit der Freier die Objekte finden kann. Prostitution ohne Öffentlichkeit funktioniert nicht. Dann kann die Polizei genauso die Wohnungen und die Frauen aufsuchen.

Den gleichen Modus haben wir schon seit vielen Jahren in Deutschland bei der Polizei, wenn es darum geht, Prostitution im Sperrbezirk zu suchen. Da geht man auch Annoncen in Zeitungen oder auf Internetportalen nach. So findet man diese Objekte und diese Frauen und oft auch die Männer, die dahinterstehen und das Ganze organisieren. Das wäre nichts Neues. Dieses Prozedere gibt es schon sehr lange und auch erfolgreich.

Deshalb spreche ich nicht von einem Dunkelfeld im eigentlichen Sinne, dass das irgendwo in einem dunklen Keller oder Verlies stattfindet, wo es kein Mensch merkt. Das gibt es schlichtweg nicht, sondern es ist eine andere Form der Prostitution, eine primär anonyme, aber genauso erreichbar für Polizei und Sozialdienste. Das zeigt Schweden sehr deutlich.

**Andrea Hitzke (Dortmunder Mitternachtsmission e. V.):** Die Frage war, ob der Kontrolldruck durch die Polizei nachgelassen hat aufgrund des Prostituiertenschutzgesetzes, weil man gesagt hat, Menschenhandel gebe es jetzt nicht mehr aufgrund des Gesetzes. So haben wir das nicht wahrgenommen.

Allerdings muss man sagen, dass es nicht überall Fachkommissariate gibt, die auf Menschenhandel spezialisiert sind. Dass entgegen eines Beschlusses der Innenministerkonferenz, der schon länger zurückliegt, in vielen Orten und Regionen vielleicht weniger ermittelt wird zum Bereich Menschenhandel, liegt eher daran, dass andere Prioritäten gesetzt werden. Zum Beispiel führt nach dem, was wir gehört haben, die Terrorismusbekämpfung dazu, dass die Fachkräfte aus den Kommissariaten, die vielleicht bisher Menschenhandel bearbeitet haben, dann dort eingesetzt werden.

Wir haben festgestellt, dass unser Fachkommissariat Rotlicht in Dortmund auch noch andere Bereiche zu bearbeiten hat, zum Beispiel Drogenkriminalität, insbesondere was die kleineren Drogendelikte angeht. Die sind damit sehr beschäftigt. Das ist auch mit ein Problem. Für langwierige Verfahren wie im Bereich Menschenhandel bleibt weniger Zeit. Auch die Besuche im Rotlichtmilieu, um da im Gespräch zu bleiben, leiden wahrscheinlich etwas darunter.

Wir würden es begrüßen, wenn da noch mehr Kapazitäten bei der Polizei entstehen würden, und zwar flächendeckend, und wenn die Polizeibeamten auch entsprechend geschult würden.

**Tamara Degenhardt (Beratungsstelle KOBER; per Video zugeschaltet):** Aus meiner Sicht wäre das auf jeden Fall notwendig, den Runden Tisch zu reaktivieren. Aufgrund der noch nicht flächendeckend zur Verfügung stehenden Beratungsstellen wäre das sinnvoll, damit wir uns untereinander austauschen können, was in anderen Städten los ist, und besser kooperieren können. Das Prostituiertenschutzgesetz wird ja noch nicht überall gleich umgesetzt. Da gibt es noch große Differenzen. So könnte man dann besser auf dem neuesten Stand bleiben, wie andere Kommunen gerade damit umgehen.

Im Großen und Ganzen macht es sowieso Sinn, sich da noch einmal auszutauschen, um zu schauen, wo Verbesserungen notwendig sind und was man besser machen könnte. Die Städte und Beratungsstellen könnten dann über ihre Erkenntnisse berichten, wo es gut funktioniert und wo nicht. Diese Verbesserungsvorschläge und Erkenntnisse könnten am Runden Tisch zusammengeführt werden. Dann könnte an einer Reform oder Anpassung des Gesetzes gearbeitet werden.

**Vorsitzende Regina Kopp-Herr:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr und bedanke mich ganz herzlich bei den Kolleginnen Abgeordneten, aber insbesondere bei unseren Sachverständigen dafür, dass sie uns Rede und Antwort gestanden haben und Einblicke in ihre Arbeit gegeben haben. Das wird sicherlich für uns alle sehr hilfreich sein.

Die Mitglieder der Ausschüsse werden sich natürlich mit den Erkenntnissen aus der heutigen Anhörung in den weiteren Beratungen beschäftigen.

Das Anhörungsprotokoll wird in einigen Wochen auf der Internetseite des Landtages zu finden sein.

Ich schließe die Sitzung und wünsche den Sachverständigen einen guten Heimweg.

gez. Regina Kopp-Herr  
Vorsitzende

**Anlage**

18.02.2021/18.02.2021

23



**Anhörung von Sachverständigen**  
Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen

**„Nein! Zum Sexkaufverbot des Nordischen Modells – Betroffenen helfen und nicht in die Illegalität abschieben“**

Antrag der Fraktion CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/10851

am Donnerstag, dem 14. Januar 2021  
13.30 Uhr, Plenarsaal

## Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen e.V. Soest	<b>Birgit Reiche</b> Petya Boszhkova-Velikov (per Video)	<b>17/3438</b>
Aidshilfe NRW e.V. Köln	<b>Petra Hielscher</b>	<b>17/3419</b>
Dortmunder Mitternachtsmission e. V. Dortmund	<b>Andrea Hitzke</b> Silvia Vorhauer	<b>17/3444</b>
Berufsverband erotische & sexuelle Dienstleistungen e.V. Nicole Schulze Berlin	<b>Nicole Schulze</b>	<b>17/3471</b>
Unternehmerverband Erotik Gewerbe Deutschland e.V. Herrn Rettig Hannover	<b>Holger Rettig</b>	<b>17/3458</b>
Universität Göteborg Dr. Susanne Dodillet Göteborg Schweden	<b>keine Teilnahme</b>	<b>17/3433</b>
ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand Dagmar König Berlin	<b>Dagmar König</b> (per Video)	<b>17/3463</b>

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
SKFM Düsseldorf Birgit Schmitz Düsseldorf	<b>Birgit Schmitz</b>	<b>17/3442</b>
Kober Dortmund Dortmund	<b>Tamara Degenhardt (per Video)</b>	<b>17/3470</b>
Helmut Sporer Augsburg	<b>Helmut Sporer (per Video)</b>	<b>17/3443</b>

Weitere Stellungnahme:

Aktionskreis Nordrhein-Westfalen pro Nordisches Modell  
 Ostalb-Bündnis gegen Menschenhandel und  
 (Zwangs-)Prostitution  
 ALARM! Gegen Sexkauf und Menschenhandel e.V.  
 Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits-  
 und Lebenssituation Kofra e.V.  
 Sozialdienst katholischer Frauen e.V.  
 Barbara Schmid, Düsseldorf  
 Marburger Bürgerinitiative bi-gegen-bordell  
 Nordrhein-Westfalen pro Nordisches Modell  
 Birgit Knaus, Frankfurt  
 Bündnis Stop Sexkauf für das Nordische Modell  
 Sonderbotschafter Per-Anders Sunesson

Stellungnahme 17/3446 -Neudruck  
 Stellungnahme 17/3450  
 Stellungnahme 17/3452  
 Stellungnahme 17/3453  
 Stellungnahme 17/3455  
 Stellungnahme 17/3456  
 Stellungnahme 17/3464  
 Stellungnahme 17/3467  
 Stellungnahme 17/3482  
 Stellungnahme 17/3483